

Meinungen

Sprachenstreit Junge Romands und Deutschschweizer sollten ein Jahr im anderen Landesteil verbringen. *Jean-Martin Büttner*

Welschlandjahr reloaded

Sebastian Zollweger ist 18 Jahre alt, wohnt bei seinen Eltern in der Ostschweiz und findet das Dorfleben langweilig. Auf ein Inserat hin fährt er nach Genf und bewirbt sich bei einem vermögenden Paar als Au-pair. Er soll kochen, putzen, bügeln und vor allem auf das Baby aufpassen. Dass Sebastian ein Mann ist, gefällt der Frau des Hauses, weil ihr Gatte dauernd junge Frauen anmacht. Ausserdem gefällt Sebastian dem Baby; es hat die anderen Au-pairs zurückgewiesen, ist mit dem jungen St. Galler aber sofort einverstanden. Seine Eltern wünschen ihm viel Glück, seine Schwester schenkt ihm das «Kamasutra». Beides kann er gut gebrauchen. So beginnt «Jeune Homme», der grossartige Film von Christoph Schaub von 2005 mit Matthias Schoch in der Hauptrolle. Schaub war durch einen wahren Fall eines jungen Deutschschweizers inspiriert worden, der als männliches Au-pair ein Welschlandjahr absolviert hatte.

Zweisprachiges Lamento

Zurzeit streiten wir wieder um das Frühfranzösisch, der Thurgau will es abschaffen, die Welschen werden wütend, Bundesrat Alain Berset möchte eingreifen. Das zweisprachige Lamento dauert nun schon seit Jahrzehnten, und man kann es nicht mehr hören. Warum probieren wir nicht etwas anderes? Was wäre, wenn wir das Welschlandjahr reloaden würden? Und es, wenn wir schon daran sind, auf beide Landesteile ausweiteten? Junge aus der Deutschschweiz verbringen ein Jahr in der Romandie, junge Welsche ein Jahr in der Deutschschweiz.

Just an idea.

Bevor jetzt die entmutigenden, also praktischen und finanziellen Bremsargumente laut werden: Un peu de patience, s'il-vous-plait. Just relax for a moment. Oder in unserem vierten nationalen Idiom: Sentite, per favore.

Halten wir fest: Die Welschen lernen zwar jahrelang Deutschunterricht, aber wer öfter mit ihnen zu tun hat, hört vielen von ihnen die Panik schon an, bevor sie ihren ersten deutschen Satz ausstossen, was in ihrem Fall natürlich heisst: auf Hochdeutsch. Unsere Dialekte verstehen sie nicht, sie mögen sie auch nicht. Und was nützt es ihnen, Heinrich von Kleists «Der zerbrochene Krug» gelesen zu haben, aber Züri West und den Weg zum Bahnhof kaum zu verstehen? An der Expo.02, dem letzten grossen kulturverbindenden Projekt der Schweiz, konnten am Schluss fast alle Deutschschweizer sehr gut Französisch und fast keine Welschen besser Deutsch. Auch die Jungen

aus der Deutschschweiz quälen sich jahrelang mit einer Sprache ab, die mindestens so schwer zu lernen ist wie das Deutsche. Grammatik, Orthografie, Syntax, Aussprache, Vokabular, un future qui est plus que parfait: grauenvoll. Darum möchte auch der Kanton Thurgau, dass seine Schülerinnen und Schüler zuerst das leichtere Englisch

Eine Sprache lässt sich nicht verordnen, nur anwenden.

lernen. Und sparen das Französische für später auf. Das alarmiert und verärgert welsche Politiker, aber die Thurgauer haben in einer Frage recht: Eine Sprache zu verordnen, ohne dass sie sich anwenden lässt, macht das Lernen noch schwerer, weil die Motivation fehlt.

Ob es ein ganzes Jahr sein muss, liesse sich diskutieren. Ob es für Kinder angebracht ist, die erst einmal unsere

Landessprachen lernen müssten, müsste man ebenfalls anschauen, vielleicht ginge es für sie später. Finanziert würde das Jahr entweder wie früher auch, also durch Haushaltsarbeit bei einer Gastfamilie. Babykompatible, kochkompetente, bügelfeste Männer, das würde den Frauen sicher gefallen. Man könnte sich das Austauschjahr auch während der Schule, im Studium oder während der Lehre vorstellen. Vielleicht liessen sich auch Rekrutenschule und Wiederholungskurse bei anderssprachigen Truppen absolvieren. Und ja, vielleicht müsste der Staat eine solche Anstrengung subventionieren.

Sowieso kennen die Schweizer ihr Land zu schlecht: 14 Prozent der Deutschschweizer waren noch nie in der Romandie, 15 Prozent Welsche fanden kein einziges Mal den umgekehrten Weg. Wer in Zürich lebt, am Lac Léman, am Bodensee, in Basel oder Lausanne, La Chaux-de-Fonds oder in Appenzell, denkt bei solchen Zahlen unweigerlich dasselbe: Wenn die wüssten, was sie verpassen.

Das «Kamasutra» versteht man übrigens auch ohne Worte.



Ein junger Mann am Bügelbrett: Matthias Schoch in «Jeune Homme». Foto: TC Film/ Key

Sprachlupe Daniel Goldstein

Das deutsche Credo des Pfarrers Blocher



«Die drei Leben des Pastors Blocher», beschrieben in einem gut vierhundertseitigen Buch von Artur K. Vogel und Bernard Reist (Ed. Monographic, Sitten), würden auch in geraffte-

ter Form diese Kolumne sprengen. Sie springt daher über das erste Leben als Pfarrer bei der Fremdenlegion in Algerien und das zweite in der protestantischen Walliser Diaspora hinweg direkt zum dritten. Denn als Blocher Spitalpfarrer in Zürich war (1905-1942), diente er dem Deutschschweizerischen Sprachverein zunächst als Schriftführer, dann bis zu seinem Tod als Obmann. Aus den «Mitteilungen» des Vereins, in denen er viel schrieb, ist die Zeitschrift «Sprachspiegel» hervorgegangen, die es immer noch gibt.

Die Buchautoren (ehemals Chefs der «Bund»-Redaktion bzw. der SDA) räumen in ihrem separat auf Deutsch und auf Französisch erschienenen «historischen Roman» dem sprachpolitischen Leben nur einen Randplatz ein. Blocher folgte der Linie, die sich der Verein bei seiner Gründung 1904 gesetzt hatte: «Liebe und Verständnis für die deutsche Muttersprache wecken, das im Sprachgefühl schlummernde Volksbewusstsein kräftigen und der deutschen Sprache auf schweizerischem Boden zu ihrem Recht verhelfen». Das war so kämpferisch und sogar «völkisch» gemeint, wie es klingt: Der Verein glaubte auf der deutschen Seite der Sprachgrenze gegen die «Verwelschung» antreten zu müssen, setzte sich umgekehrt aber auch für deutsche Schulen im Berner Jura ein.

«Sprachgenossen im Reich»

Der Ton, den Blocher - besonders deutlich ausserhalb des Sprachvereins - anschlug, befremdet heute. Im Ersten Weltkrieg tritt er für «unsere Sprachgenossen im Reich» ein, denen in der welschen Presse «gehässigste französische Verleumdungen» entgegenschlugen. Nach dem Krieg kritisiert er nicht nur den Versailler Frieden, sondern auch den Völkerbund, welcher der «empörenden Unterdrückung unserer Muttersprache» diene. In der Schweiz hat für ihn «das deutsche Volkstum das entscheidende Übergewicht» (1915). Noch deutlicher: «...ist der germanische Blutteil der beste, den wir haben» (1923, zitiert nicht im hier besprochenen Buch, sondern in Christophe

Büchis «Röstigraben», NZZ-Verlag 2000). Wenn er schreibt, «in der deutschen Schweiz nehmen die Bürger an den Gemeindeangelegenheiten grösseren Anteil» als in der welschen, dann klingt sein Enkel Christoph, der heutige Politiker, wie ein verstärkendes Echo: «Die Welschen hatten immer ein schwächeres Bewusstsein für die Schweiz» («Basler Zeitung» 2014).

Enttäuscht, nicht «entdeutscht»

Anders als manche seiner Weggefährten äussert Eduard Blocher Abscheu vor dem «ganzen nationalsozialistischen Rassen- und Abstammungsrummel». Er trauert der deutschen «Schweizbegeisterung» nach, die schon wegen der «notwendigen Zurückhaltung» der Schweiz im Krieg gelitten habe. Umgekehrt «musste sich unser Widerspruch zum Widerstand verhalten», wegen der Ausfuhr des Nationalsozialismus nach Österreich. Die klaren Worte tragen ihm Kritik ein. Ein alter

Der Verein glaubte gegen die «Verwelschung» antreten zu müssen.

Weggefährte schreibt, wenn im neuen Krieg die Alliierten siegten, dann wäre die Arbeit des Sprachvereins umsonst gewesen, «denn dann wird die ganze Schweiz ... gründlich «entdeutscht».

Sie wurde es nicht, vor allem weil es niemand versuchte. Der «Sprachspiegel» nahm sich bei seiner Gründung 1945 zwar vor, «die Rechte der deutschen Sprache auf Schweizerboden (zu) wahren», konnte sich aber in der Folge auf sein Hauptziel konzentrieren, Mundart und Schriftsprache «im Gleichgewicht» zu pflegen. Der Trägerverein nahm «das gute Einvernehmen der Sprachgruppen» in seinen Zweckartikel auf und heisst seit 1994 Schweizerischer Verein für die deutsche Sprache. Den verbissenen Sprachpurismus der Anfänge hat er hinter sich gelassen. Was der «historische Roman» dem Mitbegründer Otto von Greyerz in den Mund legt, würde heute nicht mehr gesagt, schon gar nicht so: «... dass die deutsche Schriftsprache nicht nur durch Fremdwörter verunreinigt werden kann, sondern auch durch die Mundart».

Daniel Goldstein ist Redaktor der Zeitschrift «Sprachspiegel» und unterhält die Website Sprachlust.ch.

Postfinance Die Pannenserie ist kein Fall für die Politik. *Michael Soukup*

Der Markt wird es richten

Ausgerechnet am Mittwochnachmittag erschien folgende Onlinemeldung: «Postfinance-Chef: «Unser Wert wird erodieren.» An dem Tag also, als wieder einmal für mehrere Stunden der Zahlungsverkehr schweizweit beeinträchtigt war. Der erste Gedanke beim Überfliegen des Artikels: Endlich, die Postbank hat verstanden, sie nimmt die Sorgen der Kunden ernst. Die Postfinance wird nun handeln - und die Störungen sind bald Vergangenheit. Denn die Pannenserie der letzten Monate ist nicht nur peinlich und ärgerlich, sondern könnte sich früher oder später auch negativ auf den Geschäftsgang der Post-Tochter auswirken. Schliesslich muss sich die Staatsbank - im Unterschied zu den ebenfalls pannen anfälligen SBB - im freien Markt bewähren.

Doch weit gefehlt: Der Postfinance-Chef machte sich zwar tatsächlich Sorgen um die Zukunft seines Unternehmens, aber nicht wegen der Systemausfälle. Grund war vielmehr das

Kreditverbot, das die Profitabilität und Rentabilität substanziell gefährde. Das Postorganisationsgesetz verbietet nämlich der Postfinance, Hypotheken zu vergeben oder andere Banken zu übernehmen.

Bevor die Postfinance nach neuen Einnahmequellen ruft, sollte sie zuerst ihr Kerngeschäft im Griff haben. Offenbar hat das auch der Geschäftsleitung gedämmert. Denn gestern Nachmittag trudelte das grosse Mea Culpa von Postfinance-Chef Hansruedi Köng ein: Es sei peinlich, wenn man an der Ladenskasse stehe und seine Einkäufe nicht bezahlen könne. Stimmt. «Ich bedaure dies und bitte Sie um Entschuldigung.» Akzeptiert. Man werde alles daran setzen, stabile und zuverlässige Dienste zur Verfügung zu stellen, «so, wie Sie es von der Postfinance gewohnt sind und erwarten». Wir werden sehen - ansonsten ist die nächste Bankfiliale gleich um die Ecke oder einen Mausclick entfernt.

Kemal Kılıçdaroglu Der türkische Oppositionsführer muss sich entscheiden. *Mike Szymanski*

Flüchten oder standhalten

Kemal Kılıçdaroglu steckt in der 49-Prozent-Krise. In Worten: Der türkische Politiker ist stark als Oppositionsführer, aber wohl zu schwach, um es mit Recep Tayyip Erdogan aufnehmen zu können. Auf knapp 49 Prozent kam das Nein-Lager beim Referendum über die künftigen Befugnisse des türkischen Staatspräsidenten. Am 16. April hatte sich - den offiziellen Zahlen zufolge - also knapp die Hälfte der Wähler dagegen ausgesprochen, dass sich Erdogan per Verfassungsreform zum Superpräsidenten macht, der fast alle Macht im Land bekommt. Die Türkei, ein reines Erdogan-Land? So weit ist es noch nicht. Das zu beweisen war Kılıçdaroglus Triumph in der Niederlage.

Nur wissen seine Anhänger jetzt nicht, wie sie damit und vor allem mit seiner Person umgehen sollen. Der 68-Jährige ist Vorsitzender der grössten und - viel wichtiger - noch einigermaßen intakten Oppositionspartei, der säkularen CHP. Das ist die einst von Republikgründer Atatürk geschaffene Partei, die das Land einmal so beherrschte wie heute Erdogans AKP. Bei

den Parlamentswahlen 2015 kam die CHP aber nur auf etwa 25 Prozent der Stimmen, und unter Kılıçdaroglu traute ihr niemand mehr Erfolg zu. Dann aber kam die Kampagne gegen Erdogans Präsidialsystem, die der frühere Verwaltungsbeamte zu einem Überraschungsergebnis führte. Er tat es, indem er sich und seine CHP weitmöglichst im Wahlkampf zurücknahm und stattdessen jene Kräfte im Land unterstützte, die Unbehagen ob Erdogans künftiger Machtfülle hatten - egal ob rechts oder links, fromm oder nicht. Auf den Plakaten der CHP war nur ein Mädchen mit Zöpfen zu sehen, um dessen Zukunft gehe es.

Kılıçdaroglus Ansatz war von Anfang an umstritten. Aber er setzte sich mit seiner zurückhaltenden, für türkische Politiker-Verhältnisse auffallend leisen Art durch. Der wirkliche Ärger kam



Kemal Kılıçdaroglu.

dann, als es in der Nacht des Referendums nicht ganz reichte, oder womöglich doch? Die Wahlbehörde hatte während der Abstimmung Stimmen für gültig erklärt, auf denen der offizielle Stempel fehlte. Als Kılıçdaroglu in der Nacht auftrat, hätten vieler seiner Anhänger erwartet, dass er die Leute zum Demonstrieren auf die Strasse schickt und selbst laut protestiert. Aber er zauderte, womöglich aus einem Verantwortungsgedanken heraus: Noch immer herrscht der Ausnahmezustand. Niemand konnte vorhersagen, wie der Staat auf Massenproteste reagieren würde. Jetzt halten ihn viele für einen Schwächling.

Erdogan hat das Referendum gewonnen, formal aber ist er noch kein Superpräsident. Gewählt wird erst 2019 nach dem neuen System. Nun hat Deniz Baykal, ein früherer CHP-Chef und bis heute von grosser politischer Verdrängungskraft, Kılıçdaroglu vor die Wahl gestellt: Er möge sich zum Erdogan-Herausforderer für die Wahl erklären oder den Weg freimachen. Immerhin: Kılıçdaroglu soll entscheiden.